

30.11.2012

Niederschrift

Kreistag

am 30.10.2012 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 18:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder SPD

Frau Heike Brossat

Frau Brigitte Cziehso

Frau Dipl. Ing. Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

anwesend bis 17.30 Uhr (Punkt 24)

Frau Christine Hölling

Frau Claudia Isenberg

Herr Carsten Jaksch-Nink

Herr Wolfgang Kerak

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

anwesend bis 16.35 Uhr (Punkt 14)

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Theodor Rieke

Frau Bärbel Schmidt

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Herr Walter Teumert

Frau Brunhilde Weinhold

Herr Rüdiger Weiß

Frau Manuela Werbinsky

Herr Herbert Ziegenbein

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wolfgang Barrenbrügge

Herr Michael Blandowski

Herr Günter Bremerich
Frau Marlies Deppe
Herr Michael Dobrowolski
Herr Peter Dörner
Herr Jörg-Uwe Ebner
Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann
Frau Claudia Gebhard
Frau Ute Gössing
Herr Hubert Hüppe
Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Paul-Heinz Kranemann
Herr Helmut Krause
Herr Gerhard Meyer
Frau Elke Middendorf
Frau Martina Plath
Herr Carl Schulz-Gahmen
Frau Ursula Sopora
Herr Hubert Zumbusch

anwesend bis 16.50 Uhr (Punkt 15)

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert
Frau Gudrun Bürhaus
Herr Herbert Goldmann
Frau Andrea Hosang
Herr Jochen Nadolski-Voigt
Frau Anke Schneider
Frau Barbara Streich
Frau Gabriele Wentzek

Kreistagmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Frau Heike Schaumann
Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Schilken
Herr Sigurd Senkel
Herr Andreas Wette

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Frau Jana Müller-Simdorn
Herr Dieter Reichwald
Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder FWG

Herr Dieter Albert
Herr Helmut Stalz

Kreistagmitglieder GFL

Herr Dr. Matthias Laarmann
Herr Helmut Rosenkranz

Verwaltung

Herr Rainer Stratmann, Kreisdirektor
Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent
Herr Norbert Hahn, Dezernent
Frau Sabine Leiß, Leiterin Planung und Mobilität
Herr Torsten Göpfert, Leiter Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Sodann geht er kurz auf die Erkrankung und den Genesungsprozess von Herrn Landrat Makiolla ein und verliest ein Grußwort des Landrates. Dieses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|----------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 159/12 | Wiederwahl des Kreisdirektors
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FWG- und der GFL-Gruppe vom 26.09.2012 |
| Punkt 3 | 158/12 | Ausschreibung der Stelle Kreisdirektor (m/w) |
| Punkt 4 | 154/12 | Nachwahl der/des dritten stellvertretenden Landrätin/Landrates |
| Punkt 5 | 156/12 | Ersatzwahlen |
| Punkt 6 | 155/12 | Besetzung des Beirats des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg |
| Punkt 7 | 109/12 | Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2012 |
| Punkt 8 | | Haushalt 2013 |
| Punkt 8.1 | 160/12 | Stellenplan für das Jahr 2013 |
| Punkt 8.2 | 164/12/1 | Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2013 - Ergänzungsvorlage |
| Punkt 9 | 170/12 | Vereinigung der Kreis- und Stadtparkasse Unna mit der Städtischen Sparkasse Kamen |
| Punkt 10 | 123/12 | 11. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna |
| Punkt 11 | 119/12 | Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen - Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel |
| Punkt 12 | 122/12 | Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (Fahrzeugförderung) |

- Punkt 13** 121/12/1 Allgemeine Vorschrift zu Ausgleichsleistungen der Schülerbeförderung nach § 11 a ÖPNVG NRW
- Punkt 14** Radstationen als Teil der ÖPNV-Strukturen - Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2012
- Punkt 15** 057/12/1 Radverkehrskonzept Kreis Unna - Beschluss zum Handlungsprogramm Ergänzungsvorlage
- Punkt 16** 168/12 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Kreisleitstelle im Rettungsdienst vom 06.06.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 08.09.2009
- Punkt 17** 163/12 Änderung der Verordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte für den Personenverkehr mit Taxen (Taxentarif) für den Kreis Unna
- Punkt 18** 134/12 Errichtung eines "Kompetenzzentrums Vorschule" - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.07.2012
- Punkt 19** 136/12 Integrationshelfer als Teil schulischer Verantwortung und wichtiger Inklusionsbaustein
-Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2012-
- Punkt 20** 128/12/1 Finanzierung der Schuldnerberatung ab 01.01.2013
- Punkt 21** 143/12 Umwandlung der RAA Kreis Unna in ein Kommunales Integrationszentrum Kreis Unna gem. § 7 des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
- Punkt 22** 146/12 Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet
- Punkt 23** 115/12 Änderung der Satzung für das Jugendamt
- Punkt 24** 137/12 Familienhebammen - Ein Projekt zur Verbesserung der sozialmedizinischen Versorgung von Schwangeren und jungen Müttern mit ihren Säuglingen im Kreis Unna
- Punkt 25** 149/12 "Naturerlebnis Lippeauen" - Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2012
- Punkt 26** 144/12 Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 LPVG
- Punkt 27** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 28** Wiederwahl des Kreisdirektors
- Punkt 29** 107/12 Erweiterungsbau am Naturwissenschaftlichen Zentrum in Unna
hier: Vergabe des Auftrags über die Rohbauarbeiten
- Punkt 30** 116/12 Erweiterungsbau am Naturwissenschaftlichen Zentrum in Unna
-Vergabe des Auftrags über die Lieferung von Fenstern und Sonnenschutz

- Punkt 31** 141/12 Erweiterungsbau am Naturwissenschaftlichen Zentrum in Unna
-Vergabe des Auftrags über Heizungs- und Sanitärarbeiten-
- Punkt 32** 098/12 Deckenerneuerungen K43 (Opsener Straße, Bönen), K26 (Ibbingsen/Brauerstraße, Fröndenberg) und K8 (Bahnhofstraße, Selm)
-Vergabe der Aufträge-
- Punkt 33** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 159/12 Wiederwahl des Kreisdirektors - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FWG- und der GFL- Gruppe vom 26.09.2012

Erörterung

Herr Wiggermann weist auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FWG- und der GFL-Gruppe auf Wiederwahl des Kreisdirektors hin. Im Hinblick auf das Verfahren zur Behandlung des Antrages fragt er nach, ob eine Aussprache über den Antrag gewünscht wird.

Herr Goldmann bejaht dies und beantragt gleichzeitig die Begründung des Antrages in öffentlicher Sitzung.

Daraufhin erläutert Herr Wiggermann, dass es sich hier um eine Personalangelegenheit handele, die – gestützt auf eine Rechtsauskunft des Landkreistages unter Beteiligung des Innenministeriums NRW – nur nach Beschluss des Kreistages in öffentlicher Sitzung behandelt werden dürfe. Dieser Beschluss und die Beratung hierzu müssten in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen.

Er stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, dass sich der Kreistag für eine öffentliche Aussprache entschieden habe. Im Rahmen dieser Aussprache müsse, da es hier um eine Personalangelegenheit gehe, der Schutz der Person gewährleistet sein. Ansonsten müsse die Nichtöffentlichkeit wieder hergestellt werden.

Lt. Herrn Dr. Laarmann sei die Begründung des Antrages allgemein bekannt. Als weiteren Punkt führt er die Frage an, ob der erkrankte Landrat tatsächlich zeitnah seine Arbeit wieder aufnehmen könne. Das Wohl des Kreises und der hier lebenden Menschen müsse gesichert werden. Daher müsse vor allem die Spitze der Kreisverwaltung optimal aufgestellt sein.

Herr Stalz fügt hinzu, dass sich der Kreisdirektor seit Jahrzehnten in hohem Maße für die Belange des Kreises, die Menschen im Kreis und die Beschäftigten der Kreisverwaltung eingesetzt habe. Seine Wertschät-

zung gehe über die Kreisgrenzen hinaus. Für die möglichen weiteren zwei Amtsjahre habe er Anerkennung, Klarheit, Transparenz und Nachhaltigkeit verdient. Er appelliere an alle Mitglieder des Kreistages, den Antrag ihrem Gewissen folgend zu unterstützen.

Ein weiterer Aspekt seien die zusätzlich entstehenden Kosten im bis zu sechsstelligen Bereich. In Zeiten knapper Kassen müssten alle Sparpotenziale genutzt werden.

Frau Hosang sieht keinen sachlichen oder fachlichen Grund, den Kreisdirektor nicht wieder zu wählen. Derzeit würde durch den Ausfall des Landrates jede Person in der Führungsspitze der Verwaltung benötigt, da eine hohe Aufgabendichte gegeben sei. Der amtierende Kreisdirektor sei sich dieser Verantwortung bewusst. Das habe er auch ihr gegenüber geäußert. Er genieße hohe Achtung bei den Fraktionen und Gruppen wegen seines fairen und offenen Umgangs in allen Sachfragen. Sie appelliere an alle Kreistagmitglieder, die Stabilität in der Verwaltung sicher zu stellen, in dem sie betriebswirtschaftlich und politisch verantwortlich handelten.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Herr Wiggermann weist darauf hin, dass in das Wahlverfahren eingetreten werde. Es sei geheime Wahl beantragt. Er bittet – wie in der Sitzung des Ältestenrates vereinbart – die Fraktionen um Benennung jeweils einer Person für die Zählkommission.

Für die Zählkommission benannt werden:

Herr Jürgen Kerl
Herr Michael Blandowski
Frau Anke Schneider
Frau Heike Schaumann
Herr Dieter Reichwald

Die Zählkommission wird durch die Mitglieder des Kreistages bestätigt.

Der Vorsitzende erläutert das weitere Verfahren und eröffnet den Wahlgang. Nach Aufruf in alphabetischer Folge geben die Kreistagmitglieder ihr Votum in geheimer Wahl ab. Nach Abgabe aller Stimmen wird der Wahlgang geschlossen.

Für die Auszählung der abgegebenen Stimmen wird die Sitzung von 15.38 Uhr bis 15.45 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wird das Wahlergebnis bekannt gegeben.

Wahlergebnis

68 gültige Stimmen, davon
19 Ja-Stimmen,
48 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Herr Wiggermann teilt mit, dass damit der Antrag auf Wiederwahl abgelehnt sei.

Er bedankt sich im Namen des Kreistages bei Herrn Kreisdirektor Stratmann für die bisher geleistete Arbeit. Er gehe selbstverständlich davon aus, dass dies in der bisherigen Form bis zum Ende der Wahlzeit fortgesetzt werde.

Herr Kreisdirektor Stratmann bedankt sich bei den Kreistagabgeordneten, die ihn gewählt haben. Er respektiere die Entscheidung derjenigen, die ihn nicht gewählt haben. Seine Arbeit habe er bisher gerne für das Wohl des Kreises Unna geleistet und werde dies auch in den kommenden Monaten so fortsetzen.

Punkt 3 158/12 Ausschreibung der Stelle Kreisdirektor (m/w)

Erörterung

Der Vorsitzende erläutert, dass die vorliegende Drucksache Ergebnis einer Vorberatung des Ältestenrates sei.

Lt. Herrn Goldmann bedürfe es im Rahmen eines solchen Prozesses einer hohen Sensibilität, überzeugender Sachargumente und eines in sich schlüssigen Konzeptes zur künftigen Ausrichtung der Verwaltungsspitze. Seinem Eindruck nach sei das bisherige Verfahren handwerklich dilettantisch angegangen worden. Der Ausschreibungstext sei zu unpräzise. Es werde nicht deutlich, welche Aufgabenbereiche wahrzunehmen seien. Dadurch stelle sich für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber die Frage, nach welchen Kriterien sie sich bewerben könnten. Dies lege die Vermutung nahe, dass anderen Faktoren als persönlichen fachlichen Kriterien in diesem Verfahren eine entscheidende Rolle zukommen werde. Zudem fehle die Berücksichtigung des Genderaspektes sowie der Inklusion. Das müsse heutzutage selbstverständlich sein. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde daher keine Zustimmung erteilen.

Frau Cziehso teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Ausschreibung mittrage. Es sei – wie auch bei der Kreisverwaltung Unna bereits mehrfach erfolgt – übliche Praxis, den Aufgabenzuschnitt eines Dezernats im Laufe der Jahre zu verändern. Dies müsse auch zukünftig möglich sein.

Bei dem vorliegenden Ausschreibungstext sei den Erfordernissen der formalen Voraussetzungen Genüge getan worden. Sie erwarte auf dieser Grundlage ein weites Bewerberinnen- und Bewerberfeld.

Herr Jasperneite zeigt sich irritiert über die Ausführungen von Herrn Goldmann, da der Ausschreibungstext dem Ältestenrat seit geraumer Zeit bekannt sei. In den dort geführten Beratungen sei in keinster Weise deutlich geworden, dass es Bedarf zur Veränderung des Textes gebe.

Herr Wiggermann weist darauf hin, dass es seitens der Verwaltung eine redaktionelle Änderung des Ausschreibungstextes im Hinblick auf die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspektes und der Belange der Inklusion gebe. Die Ergänzung des Ausschreibungstextes wird von Herrn Göpfert verlesen.

Lt. Herrn Nadolski-Voigt sei Ziel der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Wiederwahl des Kreisdirektors gewesen. Daher habe man sich nicht weiter mit der Ausschreibung beschäftigt. Die nunmehr vorgetragene Ergänzung des Textes sei seiner Meinung nach eine Selbstverständlichkeit und hätte von Beginn an berücksichtigt werden müssen.

Herr Stalz fragt nach, welche Gründe es gebe, den künftigen Aufgabenbereich für eine solch wichtige Stelle nicht stärker zu fixieren.

Es stelle sich die Frage, wer sich auf eine solche unspezifische Ausschreibung bewerben solle, so Herr Dr. Laarmann.

Für Herrn Krause sei es seiner Meinung nach – nicht zuletzt durch den Einsatz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – heute Selbstverständlichkeit, dass ein solcher Satz nicht mehr aufgenommen werden müsse, da jedem die Gleichbehandlung von Frauen und Männern klar sei. Auf eine Festlegung des Aufgabenbereiches zu verzichten, sei bei einer solchen Stelle üblich, und biete zudem die Möglichkeit, aus einem breiteren Bewerberfeld eine Person mit verschiedensten künftig nutzbaren Qualifikationen auszuwählen. Es wäre sträflich, sich bereits im Vorfeld zu sehr einzuschränken.

Herr Piasecki ergänzt, dass es Recht des Landrates sei, die Verwaltung und die Verwaltungsspitze so auszurichten, dass sie möglichst breit aufgestellt sei. Definiert sei lediglich die Aufgabe des Kämmerers.

Für Frau Hosang sei diese Ausschreibung so dilettantisch und unspezifisch, dass sie sich nicht vorstellen könne, dass sich überhaupt jemand bewerbe. Das habe sie auch bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung geäußert.

Lt. Herrn Kreisdirektor Stratmann entspreche der Ausschreibungstext den gesetzlichen Vorgaben und sei somit rechtmäßig. Diese Form der Ausschreibung biete die Möglichkeit einer breiten Auswahl, die bei einer stärkeren Spezifizierung nicht gegeben sei, da diese den Bewerberkreis einschränken würde.

Sodann lässt Herr Wiggermann über die Drucksache einschließlich der Ergänzung der Verwaltung abstimmen.

Beschluss

Aufgrund des Ablaufs der Wahlzeit des Amtsinhabers wird die Stelle des Kreisdirektors (m/w) ausgeschrieben. Der Landrat wird beauftragt das Verfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (56 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE., 11 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FWG- und der GFL-Gruppe, 1 Enthaltung der GFL-Gruppe)

Punkt 4 154/12 Nachwahl der/des dritten stellvertretenden Landrätin/Landrates

Erörterung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Drucksache nicht zum Tragen käme, da Frau Hosang gestern eine Erklärung vorgelegt habe, wonach sie das Amt der 3. stellvertretenden Landrätin weiter wahrnehmen werde. Herr Goldmann habe aber angekündigt, eine Erklärung zu diesem Punkt abgeben zu wollen.

Lt. Herrn Goldmann gehöre es zu den gewachsenen ungeschriebenen demokratischen Grundsätzen auf der Ebene der Kommunalparlamente, dass bei Nachbesetzungen in der laufenden Wahlperiode dem Vorschlag der jeweiligen Fraktion oder Gruppe einstimmig und ohne Aussprache gefolgt werde. Im Vorfeld der heutigen Sitzung habe es klare Signale gegeben, dass von diesem bislang geübten Vorgehen abgewichen werden solle. Daher habe sich die Fraktion entschlossen, das begonnene Verfahren an diesem Punkt zu stoppen. Über ein solches Verhalten müsse man sich im Hinblick auf zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit Gedanken machen.

Frau Cziehso bestätigt, dass es die Verabredung gebe, während der laufenden Wahlperiode keine Änderung in der Zusammensetzung der Mandate vorzunehmen. Daran halte sich die SPD-Fraktion. Im Rahmen der Fraktionssitzung habe sie ohne Aussprache über den vorliegenden Vorschlag den Hinweis auf die geheime Wahl gegeben, in der jeder so handeln müsse, wie er es für richtig halte. Insofern könne sie nicht nachvollziehen, woraus die Annahme resultiere, dass die Wahl nicht hätte gelingen können.

Weitere Wordmeldungen ergeben sich nicht.

Punkt 5 156/12 Ersatzwahlen

Herr Wiggermann weist darauf hin, dass es weitere Ersatzwahlvorschläge aus der CDU-Fraktion gebe. Er verliest die Vorschläge. Anschließend wird über den ergänzten Vorschlag abgestimmt.

Beschluss

Folgende Ersatzwahlen werden vorgenommen:

Gremium	Funktion	Neues Mitglied	Bisheriges Mitglied
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Stellvertretendes Mitglied	Markus Werthebach	Dr. Matthias Laarmann
Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz	Stellvertretendes Mitglied	Markus Werthebach	Dr. Matthias Laarmann
Natur- und Umweltausschuss	Stellvertretendes Mitglied	Hans Laarmann	Helmut Rosenkranz
Gleichstellungsausschuss	Ordentliches Mitglied	Rita Schröder	Tanja Hörmann
Gleichstellungsausschuss	Stellvertretendes Mitglied	Claudia Gebhard	Rita Schröder
Schulausschuss	Ordentliches Mitglied	Stephan Messing	Niels Neugebauer
Schulausschuss	Stellvertretendes Mitglied	Carl Schulz-Gahmen	Stephan Messing

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

**Punkt 6 Besetzung des Beirats des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg
Vorlage: 155/12**

Beschluss

Für den Beirat des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg werden folgende Personen vorgeschlagen:

- Frau Petra Brinkmann
- Herr Helmut Köppe
- Frau Ursula Sopora
- Frau Claudia Gebhard
- Frau Barbara Streich

Der Landrat schlägt Herrn Norbert Hahn vor.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 7 109/12 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2012

Erörterung

Frau Hosang weist darauf hin, dass auf der Seite 13 des Berichtes mitgeteilt werde, dass durch die neue Zugangsregelung zur Frühförderung auf Seiten der heilpädagogischen Praxen aufgrund der Vergütungssätze des Bundesverbandes der Heilpädagogen Mehrkosten von 95.000 Euro entstanden seien. Hier werde deutlich gemacht, welche Auswirkungen diese Entscheidung mit sich bringe.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Punkt 8 Haushalt 2013

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann bringt den Entwurf des Haushalts des Kreises Unna für das Jahr 2013 in den Kreistag ein. Seine Rede ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt. Die Beratung und Entscheidung über den Haushalt erfolgt in der Sitzung des Kreistages am 11.12.2012.

Punkt 8.1 160/12 Stellenplan für das Jahr 2013

Erörterung

siehe TOP 8

Punkt 8.2 164/12/1 Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2013 - Ergänzungsvorlage

Erörterung

siehe TOP 8

Punkt 9 170/12 Vereinigung der Kreis- und Stadtparkasse Unna mit der Städtischen Sparkasse Kamen

Erörterung

Herr Wiggermann begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Moßmeier, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Unna, und seine Mitarbeiter, die im Bedarfsfall für Detailfragen zur Verfügung stünden. Er weist auf eine redaktionelle Änderung in der Zweckverbandssatzung (Anlage 2 der Drucksache) hin, wonach in § 2 Absatz 1 der Satzung der Name des Verbandes „Kreis- und Stadtparkasse UnnaKamen“ lauten müsse. Mit dieser Änderung wird der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gebracht.

Beschluss

1. Dem aus Anlass der Vereinigung der Kreis- und Stadtparkasse Unna mit der Städtischen Sparkasse Kamen nach § 27 Abs. 3 SpkG zu schließenden öffentlich-rechtlichen Vertrag (Anlage 1) zwischen dem Sparkassenzweckverband und der Stadt Kamen wird zugestimmt.

2. Die aufgrund der Sparkassenvereinigung erforderliche Änderung der Satzung des Sparkassenzweckverbandes zum 01.01.2013 wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Satzung erhält mit Wirkung ab 01.01.2013 die aus der Anlage 2 ersichtliche Fassung.
3. Die in die Verbandsversammlung entsandten Vertreter des Kreises Unna werden angewiesen, bei den Beschlüssen über die Vereinigung der Sparkassen, der Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und des Verbandsvorstehers, des Verwaltungsrates und seines Vorsitzenden sowie der Satzung für die vereinigte Sparkasse so zu stimmen, wie es im öffentlich-rechtlichen Vertrag vereinbart ist.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 10 123/12 11. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Beschluss

Die 11. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna wird unter Berücksichtigung der redaktionellen Änderungen in der Satzung sowie der im Gebühren-tarif vorgenommenen textlichen Änderungen und mit den in der Spalte „Gebühren neu“ ausgewiesenen Beträgen beschlossen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 11 119/12 Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen - Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel -

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 12 122/12 Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (Fahrzeugförderung)

Beschluss

Die Förderrichtlinie des Kreises Unna zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Servicequalität im ÖPNV vom 11.10.2011 nebst Anlage 9 wird geändert.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 13 121/12/1 Allgemeine Vorschrift zu Ausgleichsleistungen der Schülerbeförderung nach § 11 a ÖPNVG NRW

Beschluss

1. Die Allgemeine Vorschrift nach §11 a ÖPNVG NRW zur Weiterleitung der Mittel für den Ausgleich zu den ungedeckten Kosten im Schüler- und Ausbildungsverkehr des Kreises Unna wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Allgemeine Vorschrift als Satzung im Amtsblatt des Kreises Unna zu veröffentlichen, um Rechtsverbindlichkeit zu erzeugen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 14 Radstationen als Teil der ÖPNV-Strukturen - Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2012

Erörterung

Herr Hebebrand erläutert den Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2012.

Frau Hosang meldet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beratungsbedarf zu diesem Antrag an. Der Antrag müsse – wie im Ältestenrat angesprochen – im zuständigen Fachausschuss behandelt werden.

Lt. Frau Cziehso habe sie im Ältestenrat darum gebeten, dass Änderungsanträge oder Vorschläge zu diesem Tagesordnungspunkt rechtzeitig vor der heutigen Sitzung vorlägen, damit eine abschließende Beratung möglich sei. Eine Rückverweisung in den Ausschuss mache keinen Sinn. Sinnvoll sei es, im Laufe des weiteren Verfahrens das erarbeitete Konzept dem Ausschuss für Planung und Verkehr zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Sie beantrage daher die Abstimmung über den Antrag.

Herr Bremerich weist darauf hin, dass der Antrag in der letzten Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr vorgestellt und begründet wurde. Die CDU-Fraktion könne auf der Basis des im Ausschuss vorgestellten Berichtes zum Modellprojekt Radstationen den Antrag unterstützen. Allerdings spräche nach seiner Meinung nichts gegen eine Verweisung in den Fachausschuss und Beratung dort.

Herr Klostermann unterstützt die Ausführungen von Frau Cziehso dahingehend, dass es heute darum gehe, einen Auftrag zur Erstellung eines Konzeptes zu beschließen. Dieses Konzept werde dann Arbeitsgrundlage für den Fachausschuss, in dem ausführlich das Für und Wider abgewogen werden könne. Die Rückverweisung in den Ausschuss würde lediglich bedeuten, dass dort über die Frage der Erstellung des Konzeptes die Beschlussempfehlung mit ja oder nein getroffen werden könne. Die FDP-Fraktion werde daher dem Antrag der SPD-Fraktion heute zustimmen.

Herr Jasperneite teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag ebenfalls unterstütze.

Nach Abschluss der Beratung wird der Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung gebracht.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Abschlussberichtes Modellprojekt Radstationen, Vorschläge zu unterbreiten und ein Konzept zu erarbeiten, wie dauerhaft Radstationen im Kreis Unna als Baustein und

Bestandteil der Nahverkehrsstruktur im Kreis Unna definiert werden können. In diese Überlegungen sind die Nahverkehrsmittel des Landes einzubeziehen. Zu den übergreifenden Aspekten zählt die Stärkung der Marke Radstation und die Definition von Standards.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

(9 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FWG-Gruppe)

Punkt 15 057/12/1 Radverkehrskonzept Kreis Unna - Beschluss zum Handlungsprogramm Ergänzungsvorlage

Erörterung

Herr Wiggermann erläutert, dass aufgrund der Beratungen in der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Technikausschusses sowie des Ausschusses für Planung und Verkehr die heute zu beratende Ergänzungsdrucksache erstellt worden sei. Über die Drucksache habe es in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses weitgehenden Konsens gegeben. Ausgenommen davon sei ein Punkt der CDU-Fraktion zur Anhebung der Priorität einer Maßnahme.

Herr Bremerich dankt zu Beginn seiner Ausführungen allen Beteiligten für die Erstellung des Konzeptes. Da der Kreis Unna ein fahrradfreundlicher Kreis sei, komme diesem Konzept eine besondere Bedeutung zu. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass alle kreisangehörigen Kommunen einbezogen werden konnten. Die CDU-Fraktion werde daher insgesamt dem Konzept zustimmen. Ein Teilaspekt aus einem Antrag seiner Fraktion sei – aus welchen Gründen auch immer – nicht berücksichtigt worden. Es handele sich um die Festlegung der Priorität für die Maßnahme Nr. 14 – Radweg L507, Selmer Landstraße, die von zwei auf eins angehoben werden solle. An diesem Teilantrag werde festgehalten.

Lt. Herrn Hebebrand handele es sich um ein durchdachtes Konzept, das den Radverkehr im Kreis Unna bündle und Verbesserungen mit sich bringe. Die SPD-Fraktion stimme der Drucksache zu. Der noch nicht berücksichtigte Teilantrag der CDU-Fraktion könne durchaus mitgetragen werden.

Aufgrund der Schwierigkeit in der Herstellung des Radweges an der L507 müsse die Priorität 2 belassen werden, so Herr Schilken. Ansonsten gebe es einige andere Maßnahmen, für die diese Voraussetzungen ebenfalls vorlägen und für die von daher eine Anhebung überprüft werden müsse. Insoweit werde die FDP-Fraktion der vorliegenden Ergänzungsdrucksache zustimmen, ohne Veränderung der Priorität der Maßnahme Nr. 14.

Frau Schneider teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der CDU-Fraktion nicht mit trage. Wie Herr Schilken schon ausgeführt habe, gebe es einige andere Maßnahmen, wie z.B. der Radweg von Massen zur Schönen Flöte in Holzwickede, für die eine Anhebung eher in Frage käme. Sie beantrage daher eine getrennte Abstimmung von Drucksache und Antrag.

Frau Cziehso führt aus, dass es sich hier um ein Gesamtwerk handele, dass in längerer Vorbereitung unter allen Beteiligten abgestimmt und im Fachausschuss beraten worden sei. Sie schlage dennoch aufgrund der Ausführungen der CDU-Fraktion als Kompromiss vor, die Angelegenheit noch einmal zur Prüfung in die Verwaltung zu geben und dann in den Fachausschuss zu bringen. Hierbei seien die von Herrn Schilken und Frau Schneider vorgebrachten Argumente zu berücksichtigen.

Herr Sell erklärt für die Fraktion DIE LINKE., dass sowohl die Ergänzungsdrucksache als auch der CDU-Antrag Zustimmung finden würden. Allerdings sei er auch mit einer Verschiebung des Antrages in den Fachausschuss einverstanden.

Lt. Herrn Jasperneite handele es sich hier um Maßnahmen, die erst in der weiteren Zukunft zum Tragen kämen. Daher könne er dem Kompromissvorschlag von Frau Cziehso zustimmen.

Herr Wiggermann fasst die Beratung dahingehend zusammen, dass ein Prüfauftrag an die Verwaltung gehe und das Konzept nach erneuter Beratung im Fachausschuss in der Sitzung des Kreistages im Dezember zur Abstimmung gestellt werden solle.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Punkt 16 168/12 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Kreisleitstelle im Rettungsdienst vom 06.06.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 08.09.2009

Beschluss

Die als Anlage 1 beigefügte 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Kreisleitstelle im Rettungsdienst vom 06.06.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 08.09.2009, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 17 163/12 Änderung der Verordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte für den Personenverkehr mit Taxen (Taxentarif) für den Kreis Unna

Erörterung

Frau Schneider erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sie die starke Erhöhung der Tarife nicht als maßvoll ansähen. Diese Haltung werde lt. Drucksache ebenfalls von der Industrie- und Handelskammer vertreten. Die Anhebung hätte durchaus in mehreren Schritten erfolgen können. Die Entscheidung werde daher nicht mitgetragen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Beschluss

Der Kreistag beschließt zum 15.12.2012 die Änderungsverordnung zur „Verordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte für den Personenverkehr mit Taxen (Taxentarif) für den Kreis Unna vom 19.01.2000“, zuletzt geändert durch Verordnung vom 01.09.2008.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE., 11 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FWG- und der GFL-Gruppe)

Erörterung

Frau Wentzek erläutert ergänzend zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass durch die Umsetzung des Inklusionsgedankens die Schülerzahlen in den Förderschulen kontinuierlich abnehmen und die dort geleistete Arbeit durch gemeinsamen Unterricht in den Regelschulen abgelöst würde. Die bisher von den Förderschulen erbrachte Frühförderung könne in Folge dessen nicht mehr stattfinden. Gleichzeitig entfalle durch die geänderte Zugangssteuerung die von der Frühförderstelle als gemeinnützige Einrichtung für diese Kinder im vorschulischen Bereich geleistete wichtige Arbeit. Diese werde vermehrt durch gewerblich orientierte Einrichtungen erbracht, die einen anderen Ansatz verfolgten. Durch die dargestellten Entwicklungen ginge die notwendige Förderung verloren. Dies könne durch das beantragte Kompetenzzentrum vermieden werden. Zudem handele es sich hier um eine Aufgabe, die der Kreis sicherstellen müsse.

Herr Ganzke führt aus, dass dieser Antrag von der SPD-Fraktion nicht mitgetragen werde. Grund dafür sei, dass Inklusion bereits in den bestehenden Vorschuleinrichtungen gut umgesetzt werde und Doppelstrukturen vermieden werden sollen. Zudem werde die Festlegung auf nur einen Träger kritisch gesehen. Wäre dem Gedanken des Pluralismus Rechnung getragen worden, hätte unter Umständen dem Antrag gefolgt werden können. Des Weiteren verweise er auf die in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie am 24.09.2012 erfolgte ausführliche Beratung dieses Antrages.

Für Frau Schaumann stellt die Festschreibung auf einen bestimmten Träger Lobbyarbeit dar, die nicht unterstützt werden könne. Sie folge darüber hinaus in weiten Teilen der Argumentation von Herrn Ganzke.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Sodann wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, ein „Kompetenzzentrum Vorschule“ im Kreis Unna einzurichten.

Dazu sind Verhandlungen mit der gemeinnützigen Frühförderstelle Kreis Unna aufzunehmen mit dem Ziel, - bei Bereitschaft der Einrichtung – diese zu einer Fachstelle „Kompetenzzentrum Vorschule“ weiterzuentwickeln, um die Inklusion im Vorschulbereich fachlich zu fördern.

Es ist zu prüfen, ob das Land NRW zu diesem Zweck Fördergelder bereitstellt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (8 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
56 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE.
sowie der FWG-Gruppe, 2 Enthaltungen der GFL-Gruppe)

Punkt 19 136/12 Integrationshelfer als Teil schulischer Verantwortung und wichtiger Inklusionsbaustein
-Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2012-

Erörterung

Zu Beginn weist Herr Wiggermann darauf hin, dass über den gemeinsamen Antrag der SPD- und CDU-Fraktion vom heutigen Tag sowie den Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.10.2012 zu beraten sei. Alle anderen vorliegenden Anträge seien durch diese Anträge erledigt.

Frau Wentzek teilt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit, dass es am gestrigen Tag noch Gespräche zu einer Zusammenführung der Anträge gegeben habe. Durch diese Gespräche und den aktuellen gemeinsamen Antrag von SPD- und CDU-Fraktion hätten sich die ersten beiden Punkte des Antrages ihrer Fraktion erledigt. Der Punkt 3 werde aber weiterhin aufrechterhalten. Die Zielsetzung dieser Forderung ginge in eine andere Richtung als die im gemeinsamen Antrag formulierte schulische Verantwortung. Es ginge hier um den individuellen Förderbedarf und -anspruch des jeweiligen Kindes und nicht die Fördermaßnahmen der Schule.

Herr Ganzke erläutert kurz die Hintergründe des gemeinsamen Antrages der SPD- und der CDU-Fraktion. Intention der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses sei gewesen, einen fraktionsübergreifenden Antrag in die heutige Beratung einzubringen. In den jetzt vorliegenden Antrag seien seiner Meinung nach alle Aspekte des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit eingeflossen und nicht nur – wie von Frau Wentzek vorgetragen – die ersten beiden Punkte.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Herr Wiggermann stellt als Erstes den Punkt 3 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.10.2012 zur Abstimmung.

Beschluss

Einfügen des zusätzlichen Satzes: 3) „Grundsätzlich ist im Konzept die Beteiligung der Eltern bei der Bedarfsfeststellung festzuschreiben.“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (8 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
56 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE.
und der FWG-Gruppe, 2 Enthaltungen der GFL-Gruppe)

Sodann ruft Herr Wiggermann den gemeinsamen Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion vom 30.10.2012 zur Abstimmung auf.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, in Ergänzung zu den im Haushalt 2011 bereitgestellten Mitteln für Integrationshilfe an den kreiseigenen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung (30.000 Euro) ein Konzept vorzulegen, dass qualitativ gute Integrationshilfe/Schulbegleitung flächendeckend zu einem Standardangebot in allen Schulen im Kreis Unna macht und weiterentwickelt. Sowohl bei der Gestaltung des Konzeptes als auch bei der Festlegung der Fördermaßnahmen sind die Eltern zu beteiligen.

Dazu gehören die Festlegung von einheitlichen Qualitätsstandards und deren Sicherung, Überlegungen zur Qualifizierung von Integrationshelfern und Vorschläge zur Frage, mit welchen Partnern der Prozess syste-

matisch vorangetrieben werden kann. Potentielle Partner sollen ihre Erfahrungen darlegen und Konzeptvorschläge für Ausbildungsinhalte und Poolmanagement erarbeiten.

Unabhängig vom anstehenden ersten Schritt an Schulen in Trägerschaft des Kreises (Poolbildung) ist das Gesamtkonzept eng mit den Städten und Gemeinden sowie weiteren Trägern abzustimmen.

Die Verwaltung wird im 1. Schritt beauftragt, einen Bericht über die Anzahl der im Kreis Unna eingesetzten Integrationshelfer zu erstellen, aufgeschlüsselt nach Schulen/Förderschulen in den Städten und Gemeinden bzw. Förderschulen in Trägerschaft des Kreises.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (10 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der GFL-Gruppe)

Punkt 20 128/12/1 Finanzierung der Schuldnerberatung ab 01.01.2013

Erörterung

Der Vorsitzende teilt mit, dass es zu dieser Drucksache einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.10.2012 zur Ergänzung des Beschlussvorschlages um den Erhalt der Schuldnerberatungsstelle am Standort Schwerte gebe.

Frau Hosang trägt kurz den Antrag vor.

Die SPD-Fraktion habe sich immer für ein flächendeckendes Angebot der Schuldnerberatung im Kreis Unna eingesetzt, so Frau Lindstedt. Alle Kommunen würden gleichermaßen versorgt, sei es durch eine Beratungsstelle oder durch Sprechstunden in anderen Einrichtungen. Diese flächendeckende Versorgung solle weiterhin sichergestellt werden. Im Rahmen des Gesamtkonzeptes sei festzustellen, in welcher Form die Schuldnerberatung in den einzelnen Kommunen erfolgen sollte. Dies könne nicht bereits jetzt für einen einzelnen Standort festgeschrieben werden.

Herr Kranemann fragt nach, ob sich durch die Ausführungen von Frau Lindstedt der Antrag nicht erledigt habe, denn es würde doch ein Beratungsangebot in Schwerte erhalten bleiben.

Herr Wiggermann bittet daraufhin um Auskunft, ob der Antrag aufrechterhalten werde.

Frau Hosang erläutert, dass sie den Antrag weiterhin zur Abstimmung stellen wolle, da es in Schwerte keinen qualitativen Abbau einer Dienstleistung geben solle.

Herr Jasperneite führt aus, dass mit dieser Aussage impliziert werde, dass jedwede Veränderung eine qualitative Reduzierung darstelle. Die CDU-Fraktion wolle die Qualität der Beratung für den Südkreis erhalten. Ob dies unter Beibehaltung der jetzigen Organisationsstruktur erfolge, müsse sich im weiteren Verfahren zeigen. Der Antrag werde daher in dieser Form abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.10.2012 wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

Ergänzung des Punktes 2 der Drucksache 128/12/1 um den Satz:

„Die Verhandlungen für einen Trägerwechsel stellen sicher, dass eine Schuldnerberatungsstelle am Standort Schwerte in Zukunft erhalten bleibt“

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (8 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
58 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE.,
der FWG- und der GFL-Gruppe)

Sodann wird die Drucksache 128/12/1 zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

1. Für die Zeit vom 01.01.2013 – 30.06.2015 werden die drei Schuldnerberatungsstellen im Kreis Unna (Zentrale Schuldnerberatung der AWO, Stadt Lünen und S.I.G.N.A.L. gGmbH als Tochterunternehmen der Werkstatt im Kreis Unna GmbH) im Rahmen der Festbetragsfinanzierung mit einem Gesamtzuschuss in Höhe von 472.200 €/Jahr gefördert. Die Einzelzuschüsse werden entsprechend der Schlüsselberechnung laut Vorlage ausgezahlt.
2. An die Schuldnerberatungsstelle Schwerte in Trägerschaft der S.I.G.N.A.L. gGmbH/Werkstatt im Kreis Unna GmbH wird aufgrund der Besonderheit des Einzelfalles, zunächst befristet bis längstens zum 30.06.2015, ein zusätzlicher Personalkostenzuschuss bis zu 5.500 € gewährt. In diesem Zeitraum sind Verhandlungen für einen Trägerwechsel zu führen.
3. Der Landrat wird beauftragt, eine neue Vereinbarung mit den Schuldnerberatungsstellen abzuschließen. Parallel dazu sind verbindliche Regelungen zu Qualitätsstandards und zur Qualitätssicherung zu treffen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (58 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE.,
der FWG- und der GFL-Gruppe, 8 Nein-Stimmen der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 21 143/12 Umwandlung der RAA Kreis Unna in ein Kommunales Integrationszentrum Kreis Unna gem. § 7 des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe

Erörterung

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag mittrage. Die Verwaltung werde im Rahmen der Umsetzung aufgefordert, die kommunalen Konzepte zu fördern und einzubeziehen.

Herr Nadolski-Voigt ergänzt dies darum, dass – wie im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beraten – dabei die freien Träger und die Asylantenorganisationen ebenfalls berücksichtigt werden sollen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Beschluss

Das aktualisierte Integrationskonzept wird beschlossen und der Landrat beauftragt, auf der Grundlage dieses Integrationskonzepts die Umwandlung der RAA Kreis Unna in ein Kommunales Integrationszentrum Kreis Unna beim Land Nordrhein-Westfalen gem. § 7 des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen zu beantragen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 22 146/12 Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Beschluss

1. Die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird für die Zeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2014 fortgeführt.
2. Die Geltung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird bis zum 31.12.2014 verlängert.
3. Die unter 1. – 2. genannten Beschlüsse gelten vorbehaltlich der weiteren Förderung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet in den Jahren 2013 und 2014 durch das Land Nordrhein-Westfalen

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 23 115/12 Änderung der Satzung für das Jugendamt

Beschluss

Die als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung für das Jugendamt des Kreises Unna wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 24 137/12 Familienhebammen - Ein Projekt zur Verbesserung der sozialmedizinischen Versorgung von Schwangeren und jungen Müttern mit ihren Säuglingen im Kreis Unna

Erörterung

Herr Wiggermann weist auf einen zu dieser Drucksache vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.09.2012 hin. Der von ihm in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses vorgestellte Konsens aus der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz am 18.09.2012 – Streichung der Worte „als Regelangebot“ aus dem Beschlussvorschlag – sei vom Antragsteller als nicht ausreichend angesehen worden. Vielmehr sei vorgetragen worden, dass der Antragstext Bestandteil der Beschlussempfehlung gewesen sei. Dies sollte bis zur heutigen Sitzung geprüft werden.

Herr Hahn teilt dazu mit, dass die Prüfung der Tonaufnahme der Sitzung ergeben habe, dass der Antrag behandelt worden aber nicht in die Beschlussempfehlung aufgenommen worden sei. Dies begründe sich zum Teil darin, dass er in seinen Ausführungen auf die Auswirkungen des neuen Bundeskinderschutzgesetz-

zes und die vom Land NRW erlassenen Verfahrensregelungen hingewiesen habe. Danach können bestehende Angebote nicht weitergeführt, sondern müssen neue Angebote entwickelt werden. Zudem werden zukünftig die Zuschüsse im Rahmen der frühen Hilfen an die im Kreis vorhandenen acht Träger der Jugendhilfe gezahlt. Die anderen Jugendämter des Kreises hätten bereits erklärt, dass sie die Zuschüsse selbst einsetzen wollten, so dass eine kreisweite Lösung nicht mehr in der Diskussion stehe. Er schlage daher vor, das Thema in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführlich unter Vorstellung der Förderstrukturen zu beraten.

Frau Hosang bestätigt, dass der Antrag nicht mit abgestimmt worden sei. Sie beantrage daher, ihn heute zur Abstimmung zu bringen.

Herr Kranemann führt aus, dass sich die Drucksache aufgrund der aktuellen Entwicklungen erledigt habe. Die Jugendämter der Städte im Kreis hätten bereits erklärt, dass sie die Mittel für die frühen Hilfen selbst beplanen und verwenden wollen, so dass sich die Frage eines kreisweiten Projektes Familienhebammen nicht mehr stelle.

Frau Hosang erwidert darauf, dass eine Anwendung auf das Jugendamt des Kreises erfolgen solle.

Frau Cziehso unterstützt den Vorschlag von Herrn Hahn, dieses Thema einschließlich des Antrages im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

Lt. Frau Schaumann sei das Angebot bisher kreisweit erfolgt. Nunmehr erfolge eine Verschiebung in den Bereich der Jugendhilfe. Insoweit sei sie auch für die Beratung im zuständigen Fachausschuss. Darüber hinaus wäre eine Verschiebung des Themas Familienhebammen in die Haushaltsberatungen denkbar, um bis zur dortigen Behandlung Alternativmöglichkeiten für den Erhalt des Projektes zu prüfen.

Frau Hosang erklärt, dass eine Abstimmung über ihren Antrag erfolgen solle. Es ginge lt. Beschlussvorschlag um eine Fortführung des ablaufenden Modellprojektes für die Kommunen, für die das Jugendamt des Kreises zuständig sei.

Herr Klostermann weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag auf Verhandlungen mit allen Kommunen im Kreis abziele und zwar dahingehend, die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel für frühe Hilfen für das Projekt Familienhebammen dem Kreis zur Verfügung zu stellen. Bei der Haushaltslage der Kommunen sei dies eher unwahrscheinlich. Der Kreistag müsse letztendlich die Entscheidung treffen, ob eine Fortführung umlagefinanziert erfolgen soll oder ob aufgrund der dargestellten Haltung der Kommunen das Projekt in der bisherigen Form beendet werde.

Für Frau Hosang sei eine Behandlung in den Haushaltsberatungen aufgrund der Wichtigkeit des Themas notwendig. Deshalb ihr Wunsch nach Abstimmung.

Lt. Herrn Jasperneite handele es sich hier um einen Prüfauftrag, über dessen Ergebnisse im nächsten Kreistag berichtet werden könne.

Herr Wiggermann fasst zusammen, dass verschiedene Anträge zur Geschäftsordnung vorlägen und zwar auf Verweisung in den Fachausschuss, auf Vertagung der Beratung und auf Abstimmung in der Sache. Nach der Geschäftsordnung des Kreistages gebe es eine einzuhaltende Reihenfolge. Danach müsse zuerst

über den Antrag auf Verweisung in den Fachausschuss abgestimmt werden, dann über eine Vertagung und als letztes über die Sache.

Daraufhin erklärt Frau Hosang, dass sie mit einer Verweisung in den Fachausschuss einverstanden sei.

Herr Steffen führt aus, dass es hier um zwei unterschiedliche Angelegenheiten gehe, zum einen um das bestehende Projekt und zum anderen um die sich durch die Mittel aus dem Bundeskinderschutzgesetz ergebende neue Sachlage. Zur Fortführung des bestehenden Projektes lägen eindeutige Aussagen der Kommunen dazu vor, dass sie sich nicht beteiligen wollen. Die Klärung der Frage, wie damit weiter umgegangen werden solle, sei seiner Meinung nach in den Haushaltsberatungen vorzunehmen. Davon abgekoppelt sei die Entscheidung des Kreises, wie die für das Jugendamt demnächst zur Verfügung stehenden Mittel verwendet werden sollen. Nur dies sei Angelegenheit des Jugendhilfeausschusses.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Herr Wiggermann lässt sodann über den Antrag auf Verweisung in den Jugendhilfeausschuss abstimmen.

Die Verweisung wird einstimmig beschlossen.

Punkt 25 149/12 "Naturerlebnis Lippeauen" - Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2012

Erörterung

Frau Bürhaus begründet, warum die Fraktion BÜNDNDIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag nicht zustimmen werde. Ihrer Meinung nach hätte der Antrag zuerst im zuständigen Fachausschuss beraten werden müssen, da er eine falsche Schwerpunktsetzung habe. Der Schwerpunkt läge offenkundig in dem Anliegen, verstärkt im sensiblen Gebiet der Lippeauen Wege zu errichten. Erfahrungen zeigten, dass ein solches Vorgehen dem Naturschutz schaden könne. Hier sei eine Abstimmung mit Naturschützern vorzunehmen. Über andere Eingriffe, wie z.B. Beobachtungspunkte, könne man durchaus nachdenken. Der hier gesetzte Schwerpunkt sei nicht akzeptabel.

Herr Jasperneite erwidert darauf, dass der Antrag nicht auf einen ökologischen Raubbau in den Lippeauen abziele. Das zu erstellende Konzept solle unter ökologischen und touristischen Gesichtspunkten beraten und beschlossen werden. Dabei handele es sich um einen längerfristigen Prozess. Es sei gutes Recht des Kreistages, einen solchen Auftrag zu erteilen.

Frau Cziehso führt aus, dass die an der Lippe liegenden Städte Lünen, Bergkamen und Werne den Wunsch nach einem solchen Konzept hätten. Sie sei der Meinung, dass es möglich sei, dieses Anliegen mit den Anforderungen des Naturschutzes in einem Konzept zu verbinden. Daher werde der Antrag mitgetragen. Eine Beteiligung der Fachausschüsse sowie des Lippeverbandes sei für sie selbstverständlich. Die Beratung werde zudem ergebnisoffen erfolgen.

Zu den Ausführungen von Frau Bürhaus teilt Herr Klostermann mit, dass er die Ausgrenzung des Menschen aus diesem Bereich für fatal halte. Zudem gehe es hier erst einmal darum, ein Konzept zu erstellen, das als Grundlage für die Beratung darüber dienen solle, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Dabei könne man sich fachkundiger Beratung unterschiedlichster Art bedienen.

Lt. Herrn Dr. Laarmann gebe es neben dem Bedürfnis der Menschen an einer Teilhabe an einem solchen Gebiet gesetzlich festgelegte Schutzrechte der Natur. Er fragt den Antragsteller, ob Ergebnis dieses Konzeptes, das u.a. unter Beteiligung verschiedenster Naturschutzorganisationen erstellt werden solle, auch sein könne, dass es ein Konzept nicht geben könne, da es nicht durchführbar sei.

Herr Jasperneite antwortet, dass es der CDU-Fraktion darum gehe, unter dem Gesichtspunkt der möglichen zukünftigen Nutzung des Großraumes Lippe durch die Verwaltung ein Konzept erstellen zu lassen, dass in den zuständigen Fachausschüssen abschließend beraten werden solle. Für sie sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar, wie die Konzeption aussehen werde.

Lt. Frau Bürhaus müsse die verbindliche Beteiligung und Zustimmung der Naturschutzverbände Voraussetzung für die Erstellung sein. Würde eine solche Formulierung in den Antrag aufgenommen, könne er mitgetragen werden.

Herr Stalz teilt für die FWG-Gruppe die Zustimmung zu dem Antrag mit. Er halte es für wünschenswert, den bereits vorhandenen Lipperadweg um diesen Teilbereich zu erweitern, soweit die Eingriffe in die Natur vertretbar blieben. Ein positives Beispiel sei an dieser Stelle der Seseke-Umbau, der gezeigt habe, dass Mensch und Natur in Einklang gebracht werden könnten.

Herr Teumert führt für die SPD-Fraktion aus, dass es ihnen darum ginge, Naturerlebnis möglich zu machen, ohne die Natur zu stören. Unter diesem Gesichtspunkt werde ein solches Konzept nach seiner Erstellung geprüft. Diese Diskussion erfolge im Fachausschuss. Für die Erarbeitung sei ein längerer Zeitrahmen wünschenswert, da Maßnahmen, die z.B. der Lippeverband derzeit plane, mit einfließen sollten. Er gehe zudem davon aus, dass bei der Erarbeitung von bereits angewandtem und bewährtem Vorgehen im Bereich Natur und Umwelt nicht abgewichen werde.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass die Bemühung, Naherholung und Naturschutz gleichermaßen zu berücksichtigen, auch Grundhaltung der Verwaltung sei. Auch ohne einen ausdrücklichen Beschluss des Kreistages würde die Naturschutzseite in jedem Fall in einem solchen Verfahren beteiligt. Dies sei eine Selbstverständlichkeit. Zudem gebe es gesetzliche Verpflichtungen.

Bei einem zustimmenden Beschluss sei vorgesehen, in der nächsten Sitzung des Natur- und Umweltausschusses vorzustellen, mit welchem Aufwand und Zeitrahmen die Erstellung des Konzeptes verbunden sei. Er weise bereits jetzt darauf hin, dass ihm entsprechende personelle oder finanzielle Kapazitäten nicht zur Verfügung stünden. Die benötigten Ressourcen würden ebenfalls im Fachausschuss mitgeteilt.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Herr Wiggermann stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, ein Gesamtkonzept „Naturerlebnis Lippeauen“ zur touristischen Erschließung der Lippeauen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, DIE LINKE., der FWG- und der GFL-Gruppe, 7 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNDIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Enthaltung der Fraktion BÜNDNDIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 26 144/12 Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 LPVG

Beschluss

1. Im Einvernehmen mit dem Personalrat der Kreisverwaltung Unna werden Herr Wilhelm Kleimann, August-Wegmann-Str. 35, 44532 Lünen, zum Vorsitzenden und Herr Dieter Wiefelspütz, Wilhelmstr. 12, 44532 Lünen, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle berufen.
2. Die Anzahl der Beisitzerinnen und Beisitzer wird im Einvernehmen mit dem Personalrat auf 12 festgesetzt.
3. Der Kreistag benennt als oberste Dienstbehörde folgende Verwaltungsangehörige zu Beisitzern der Einigungsstelle:
Herrn Kreisdirektor Stratmann
Herrn Appel, FD 10
Herrn Gutzeit, FD 11
Herrn Adam, FD 10
Herrn Brüggenhorst, FD 11
Frau Fityka, FD 11

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 27 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung ergeben sich nicht.

Anlagen

1. Grußwort des Landrates
2. Haushaltsrede des Kämmers

gez. Martin Wiggermann
Vorsitzender

gez. Gabriele Bierwolf-Siegrist
Schriftführer/in